

Ampel oder Zebrastreifen statt Querungshilfe bei Lidl

Ortsausschuss Baden diskutiert über Gefahrenstelle für Fußgänger an Verdener Straße

VON LISA DUNCAN

Baden – Auf Höhe des Lidl-Marktes an der Verdener Straße/Am Meßterfeld brauchen Fußgänger, die die Straße überqueren wollen, aufgrund des kaum abbreißenden Autoverkehrs viel Geduld. Zudem passieren, unter anderem wegen der Nähe zum Seniorenpflegeheim Botegunhof, viele ältere Menschen, zum Teil mit Rollator, die Straße. Dass es daher an dieser Stelle eine Querungshilfe braucht, darüber herrschte in der Sitzung des Ortsausschusses Baden am Dienstagabend Konsens. Zudem kündigte

Bürgermeister Rainer Ditzfeld an, dass sich die Stadt nicht, wie in einem Antrag der Achimer CDU gefordert, für einen Fahrbahnteiler einsetzen werde. Wohl aber für eine Ampel beziehungsweise einen Zebrastreifen an der Landesstraße.

Begründung: Eine Que-

**Zwischen 20000
und 80000 Euro**

erungshilfe in Form eines Fahrbahnteilers sei aufgrund der notwendigen Breite von zwei Metern an betreffender Stelle baulich nicht machbar,

so Ditzfeld. Es sei denn, der Fußweg würde umgebaut. Da es sich bei der Verdener Straße um eine Landesstraße handelt, müsste das Land Niedersachsen die Kosten tragen. Genehmigungsbehörden wären das Landesamt für Straßenbau und Verkehr sowie die Polizei. Je nachdem, ob die Wahl auf Zebrastreifen oder Ampelanlage fällt, würde die Maßnahme zwischen 20000 und 80000 Euro kosten, informierte der Bürgermeister. Die Stadt wolle diesen Posten in den Haushalt 2020/21 einbringen. Auf Nachfrage von Wolfgang Heckel (WGA) betonte Ditzfeld

jedoch, dass dadurch die Stadtkasse nicht belastet werde, da das Land für die Verkehrssicherung an dieser Straße zuständig sei.

Der Ausschussvorsitzende Reiner Aucamp, der für die SPD auch im Kreistag sitzt, versprach, in einem ersten Schritt das Thema in die nächste Sitzung des Gremiums am kommenden Mittwoch hineinzutragen.

Bisherige Anträge für eine Querungshilfe hatte die Landesbehörde abgelehnt. Denn eine Verkehrserhebung hatte ergeben, dass das Aufkommen an Fußgängern nicht ausreiche. Dieses Ergebnis

wurde jedoch durch eine neuerliche Zählung korrigiert, nach der die Anzahl der querenden Personen knapp über der Grenzrichtlinie der Behörde lag.

„Bei einem Fahrbahnteiler müssen Autofahrer nicht zwingend anhalten, bei einem Zebrastreifen ist es vorgeschrieben“, lieferte Christine Vornholt, beratendes Mitglied für die Grünen-Fraktion, ein weiteres Argument. „Wenn wir es bezahlen müssen, bezahlen wir es mit Mitteln der Stadt, es geht schließlich um das Wohl der Menschen“, fügte Ute Barth-Hajen (ebenfalls Grüne) hinzu.